

JUNI

göppinger — 2 '81 blätter

Aufruf der Russell Peace Foundation

Für eine atomwaffenfreie Zone in Europa

Wir stehen an der Schwelle des gefährlichsten Jahrzehnts in der Geschichte der Menschheit. Ein dritter Weltkrieg ist nicht nur möglich, sondern er wird auch immer wahrscheinlicher. Ökonomische und soziale Schwierigkeiten in den entwickelten Industrieländern, Krisen, Militarismus und Kriege in der "Dritten Welt" bilden die Grundlage politischer Spannungen, die einen wahnwitzigen Rüstungswettlauf anheizen. In Europa, dem geographischen Hauptschauplatz der Ost-West-Konfrontation, tauchen neue Generationen immer mörderischerer Atomwaffen auf.

Seit über 25 Jahren verfügen die Militärmächte der NATO wie des Warschauer Vertrages über genügend atomare Waffen, um sich gegenseitig zu vernichten und gleichzeitig die Grundlage des zivilisierten Lebens überhaupt zu gefährden. Doch Jahr für Jahr hat das atomare Wettrennen ihre Anzahl vervielfacht und damit die Wahrscheinlichkeit eines katastrophischen Unfalls oder Berechnungsirrtums erhöht.

Während jede Seite sich bemüht, ihre Bereitschaft zum Einsatz von Atomwaffen unter Beweis zu stellen, um so deren Einsatz durch die andere Seite zu verhindern, werden neue, "einsatzfähigere" Atomwaffen entwickelt und wird die Öffentlichkeit mehr und mehr an die Vorstellung eines "begrenzten" Atomkrieges gewöhnt. Das geschieht in einem solchen Umfang, daß diese paradoxe Entwicklung logischerweise nur zum tatsächlichen Einsatz von Atomwaffen führen kann.

Keine der führenden Mächte ist heute in einer moralischen Position, aus der sie kleinere Länder zum Verzicht auf Atomwaffen bewegen könnte. Die zunehmende Verbreitung von Kernkraftwerken und das Wachstum der sie betreibenden Industrie machen eine weltweite Verbreitung von Atomwaffen immer wahrscheinlicher und vervielfachen somit die Risiken von atomaren Auseinandersetzungen.

Seit Jahren drängt die öffentliche Meinung auf atomare Abrüstung und Entspannung zwischen den rivalisierenden militärischen Blöcken. Dieses Bemühen ist erfolglos geblieben. Ein wachsender Anteil des weltweiten Wirtschaftspotenzials wird auf Rüstung verwendet, obgleich die gegenseitige Vernichtung längst im Übermaß gewährleistet ist. Diese ökonomische Belastung trägt im Osten und im Westen zu wachsenden sozialen und politischen Spannungen bei und setzt einen Teufelskreis in Bewegung, in dem das Wettrennen von der Instabilität der Weltwirtschaft zehrt und umgekehrt: ein tödliches Wechselspiel.

Wir befinden uns heute in großer Gefahr. Generationen sind im Schatten eines Atomkrieges aufgewachsen und haben sich an die Bedrohungen gewöhnt. Die Besorgnis ist der Apathie gewichen. Unterdessen hat sich in unserer Welt, die unter ständiger Bedrohung lebt, in beiden Hälften Europas Furcht ausgebreitet. Die Macht des Militärs und der inneren Sicherheitsorgane wird erweitert, freier Austausch von Gedanken und Verkehr von Personen werden Beschränkungen unterworfen, und die Bürgerrechte unabhängig denkender Menschen sind im Osten wie im Westen gefährdet.

Es geht uns nicht um eine Aufteilung der Schuld zwischen den politischen und militärischen Führern des Ostens und des Westens. Schuld trifft beide Kontrahenten gleichermaßen. Beide haben eine drohende Haltung angenommen und in verschiedenen Teilen der Welt Aggressionsakte begangen.

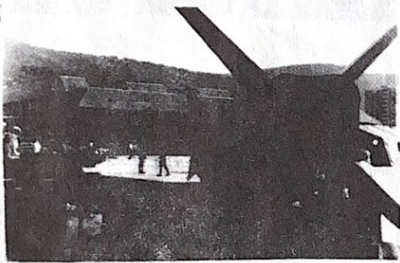
Es liegt bei uns, etwas dagegen zu tun. Wir müssen gemeinsam darauf hinarbeiten, das gesamte Territorium Europas, von Polen bis Portugal, von atomaren Waffen, von Luft- und U-Bootstützpunkten und allen Einrichtungen frei zu machen, die mit der Erforschung oder Herstellung von Atomwaffen beschäftigt sind. Wir fordern die beiden Supermächte auf, sämtliche Atomwaffen vom europäischen Territorium abziehen.

Insbesondere fordern wir die Sowjetunion auf, die Produktion der SS-20-Mittelstreckenraketen einzustellen, und ersuchen wir die Vereinigten Staaten ihren Beschluß über die Entwicklung von Marschflugkörpern (cruise missiles) und Pershing II Raketen zur Stationierung in Westeuropa nicht durchzuführen. Ferner drängen wir auf die Ratifizierung des Salt-II-Abkommens einem notwendigen Schritt auf dem Weg zur Wiederaufnahme von effektiven Verhandlungen über eine allgemeine und vollständige Abrüstung.

Gleichzeitig müssen wir das Recht aller Bürger in Ost und West verteidigen und ausweiten, an dieser gemeinsamen Bewegung und an jeder Art von Meinungsaustausch teilzunehmen.

Wir appellieren an unsere Freunde in Europa gleich welchen Glaubens und welcher Weltanschauung,

intensiv darüber nachzudenken, auf welche Weise wir für diese gemeinsamen Ziele zusammenarbeiten können. Wir stellen uns eine gesamteuropäische Kampagne vor, in der die verschiedenen Formen des Austauschs stattfinden, in der Vertreter verschiedener Länder und Meinungen miteinander beraten und ihre Aktionen koordinieren und in der die mehr informellen Begegnungsformen zwischen Universitäten, Kirchen, Frauenorganisationen, Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Berufsorganisationen und Individuen für ein gemeinsames Ziel genutzt werden: Ganz Europa von Atomwaffen zu befreien.



„Unsere Luftwaffe“

Wir müssen damit anfangen, so zu handeln, als ob ein vereintes, neutrales und friedliches Europa bereits existierte.

Wir müssen lernen, nicht gegenüber dem „Osten“ oder „Westen“, sondern untereinander loyal zu sein, und wir müssen uns über die von den Nationalstaaten verhängten Verbote und Beschränkungen hinwegsetzen.

Es liegt in der Verantwortung der Bevölkerung jedes Landes, auf die Beseitigung von Atomwaffen und Stützpunkten in Europa, zu Land und zu Wasser, hinzuwirken und über die ihrem Land angemessenen Mittel und Strategien zur Erreichung dieses Zieles zu entscheiden. Diese werden von Land zu Land verschieden sein; wir sind nicht der Ansicht, daß eine einheitliche Strategie durchgesetzt werden muß. Aber dies muß Thema einer transkontinentalen Bewegung sein, in der alle möglichen Formen des Austauschs stattfinden können.

Wir müssen uns allen Versuchen von Politikern aus Ost und West widersetzen, diese Bewegung zu ihrem eigenen Vorteil zu manipulieren. Wir wollen weder der NATO noch dem Warschauer Vertrag Vorteile verschaffen. Vielmehr muß es unser Ziel sein, Europa aus der Konfrontation zu lösen, Entspannung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion durchzusetzen und schließlich die großen Machtblöcke aufzulösen.

Wenn wir an unsere europäischen Landsleute appellieren, so bedeutet das nicht, daß wir der übrigen Welt den Rücken zukehren. Indem wir für den Frieden in Europa arbeiten, arbeiten wir für den Frieden in der Welt. Europa hat schon zweimal in diesem Jahrhundert seinen zivilisatorischen Anspruch mit Füßen getreten, indem es zwei Weltkriege angezettelt hat. Dieses Mal müssen wir unsere Schuld gegenüber der Welt begleichen, indem wir zum Frieden anstiften.

Dieser Appell wird wirkungslos bleiben, solange er nicht von

zielbewußten und phantasiereichen Aktionen begleitet wird, die mehr Menschen für seine Unterstützung gewinnen können. Wir müssen der Forderung nach einem atomwaffenfreien Europa überwältigenden Nachdruck verleihen.

Wir wollen der Bewegung weder Uniformität aufzwingen noch den Überlegungen und Entscheidungen der zahlreichen Organisationen vorgreifen, die schon ihren Einfluß zugunsten von Abrüstung und Frieden geltend machen. Aber die Zeit drängt. Die Gefahr nimmt ständig zu. Wir bitten um Ihre Unterstützung für unser gemeinsames Ziel und wir begrüßen Ihren Rat und Ihre Hilfe.

*** * ***

Dieser Aufruf wurde initiiert von: The Bertrand Russell Peace Foundation, Gamble Street, Nottingham NG7 4ET, England. Er wurde bis Mitte April 1980 von zahlreichen Politikern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in England unterzeichnet. In der Bundesrepublik werden zur Zeit verschiedene Initiativen erwogen.

Vieles was da in dem Aufruf steht ist noch ungenau, fragwürdig und muß noch diskutiert werden. In England ist bereits eine politische und wissenschaftliche Diskussion im Gange, in der die Brauchbarkeit der Perspektive einer atomwaffenfreien Zone in Europa geprüft wird. Die Friedensbewegung könnte neu belebt werden, die Zeit drängt.

Der AK Politik im JUZE Remise will sich im Hinblick auf die Göppinger Friedenswoche mit dieser Diskussion beschäftigen:

ab Juli jeden Sonntag um 14 Uhr in TEE und THEORIE JUZE Remise, Fischstraße 1.

Friede, Freundschaft - Pershing II

Kommentar zur Deutsch-Amerikanischen Freundschaftswoche

Unsere braven amerikanischen Freunde und Beschützer stellen sich am Freitag, den 12. Juni wieder einmal in aller Öffentlichkeit vor. Sie werden diese Woche der Eintracht mit einer großen Militärparade beginnen, und Dank dem durch Ronald wiedererlangten Selbstwertgefühl wird sie dieses Jahr wohl besonders prächtig ausfallen.

Freundschaft mag ja ganz gut und schön sein, aber wozu dann eine Militärparade, einen Schießwettbewerb und eine Militärausstellung, ich habe bisher immer geglaubt Freundschaft sei etwas friedliches, verbindendes, aber was soll dann dabei ein Panzer? Oder geht es hier weniger um Freundschaft als an die Gewöhnung an Mordwerkzeuge, als wäre ein Panzer die natürlichste Sache der Welt. Um die Freude an der technischen Perfektion,

so daß der Zweck dieser Maschinen, nämlich zu töten, verdrängt wird.

Oder ist diese Militärshow unabdingbarer Bestandteil deutsch-amerikanischer Freundschaft? Geht es denn hierbei weniger um Freundschaft als um militärische Macht und Machtpolitik, die uns hier wieder als Selbstverständlichkeit vor Augen geführt wird. Die uns täglich begegnet, durch amerikanisches Hoheitsgebiet in Göppingen aber durch diese Parade und das ganze militärische Drumherum noch einmal offensichtlich wird.

Zu einer Zeit da „Pazifismus“ in der Politik als Negativbegriff offen gebraucht wird, und in der ständig Aufrüstungspolitik betrieben wird. In der unbedingt weitere Atomwaffen in der BRD stationiert werden sollen, um ein „Verteidigungsgleichgewicht“ wiederherzustellen“ die aber einen Angriffskrieg ermöglichen, und einen



Atomkrieg in Europa wahrscheinlicher machen. Die Befehlsgewalt über diese Waffen liegt aber in den Händen des US-Präsidenten, der der Überzeugung ist man müßte den Kommunismus ausrotten, und dessen Außenminister äußert ...es gibt wichtigere Dinge als den Frieden....!

Eine solche Veranstaltung fordert berechtigterweise Protest heraus. Doch sollte man sich, wenn man sich gegen ein solches Militärspektakel und die ihm zugrunde liegende Schwarz-weiß-Malerei und Angstpropaganda wehrt, sich nicht dazu hinreißen lassen, jetzt einfach ein neues Feindbild aufzubauen, und den bösen Russen nun gegen den schlimmen Amerikaner auszutauschen, sondern sollte unter diesen Stahlhelmen die Menschen sehen.

Nachrichten & Hinweise

"durch Androhung von Prozessen... schafft man die Selbstzensur in den Köpfen der Redakteure"

Dokumentation des Antifa-Komitees zu
den Göppinger Schülerzeitungsprozessen

"sofortige Einstellung aller
Strafverfahren gegen die
Göppinger Antifaschisten! Weg
mit den Urteilen." Mit dieser
Forderung legte das "Anti-
faschistische Aktionskomitee
Göppingen eine umfangreiche
Dokumentation zu den Vorgängen
um die "Schülerzeitungsprozesse"
vor. (Wir berichteten bereits in
gb Nr. 17 darüber).

Angeklagt waren "einige Antifa-
schisten", die in zwei in den
Schülerzeitungen "Hammer" und
"Zuendschnur" erschienenen Arti-
kel ... "eine Liste solcher
(neonazistischer, gb) Aktivitäten
zusammen (stellten), wobei je-
doch ... neben einer Vielzahl
von Fakten auch einige näher (!?)
belegte Aussagen von Antifa-
schisten bzw. Schlussfolgerungen
(überorganisierten Neofasch-
ismus in Göppingen, gb) aufge-
führt werden" (S.3), die
einen als Rechtsextremisten
zu bezeichnenden Schüler ver-
anlaßten, Anzeige gegen die
Verfasser der Artikel zu er-
statten.

"Der Nachweis der Richtigkeit
dieser Tatsachenbehauptungen
kann nicht erbracht werden"
(S. 21) meinte das Gericht und
verurteilte die Artikelschrei-
ber teilweise zu hohen Geld-
strafen.

Ausgangspunkt, Entwicklung und
Konsequenzen der Prozesse werden
im ersten Teil anhand von Presse-
berichten, Leserbriefen, Gedäch-
tnisprotokollen von Verhören und
Auszügen aus Urteilsbegründung-
en dokumentiert. Im Anhang
werden nochmals die Anzeigen
und Urteile zusammengefaßt und
die Frage "was bezweckt die
Staatsgewalt mit den Prozessen..."
(S. 29) zu beantworten ver-
sucht:

Die Einschüchterung von Antifa-
schisten durch massive Anzeigen
würde eine "Strategie der Staats-
gewalt" beweisen (!?), die
"kritische Presse" zu zerschla-
gen. "durch Androhung von Pro-
zessen ... schafft man die
Selbstzensur in den Köpfen der
Redakteure" (S.29).

Das Antifa-Komitee nimmt mit
der Dokumentation nochmals die
Gelegenheit wahr, "neonazistische
Aktivitäten" im Kreis Göppingen"
seit der Gründung des Komitees im
Mai 79 aufzuzeigen. (S. 31f)

Verkaufsstellen:
Bücherwurm, Juze Eislingen
Preis 3DM

Friedensdemo in Schwäb. Gmünd



Für den 28. Mai rief die
Gmünder Friedensinitiative zu
einer Sternfahrt gegen die
dort geplante Stationierung der
neuen Atomwaffen auf. Diese
Initiative umfaßt ein beacht-
liches weltanschauliches Spek-
trum an Einzelpersonen und
Organisationen. An der Demon-
strationen nahmen nach Polizei-
angaben 6000 Leute aus fast
ganz Württemberg, darunter auch
über 100 Göppinger Bürger teil.
Die gute Stimmung während des
Zuges durch die Stadt verflog
angesichts der langweiligen

Kundgebung recht schnell. Es
ist unzureichend, einigen
mehr oder weniger prominenten
Rednern die Artikulation unseres
Protestes gegen den Nachrüstungs-
beschuß zu delegieren. Wir ha-
ben noch nicht gelernt, die her-
kömmlichen Kundgebungsformen
durch neue Elemente zu ergänzen,
so daß die Teilnehmer nicht
in Passivität und Langweile er-
starren müssen. Trotzdem war
die Sternfahrt so bedeutend,
daß sie der Tagespresse, Rems-
zeitung und Tagespost, mehr
als ein Bild hätte wert sein
müssen.

DISCO -ieren

Die Druck- und Materialkosten
können durch den Verkaufspreis
der GP Blätter nicht abgedeckt
werden. Deshalb wird der Ak-
Politik nicht mehr nur disku-
sondern auch discotieren und
zwar einmal im Monat im Remise.
Die nächsten Termine werden je-
weils bekanntgegeben!
Jetzt kommt halt mal und
gugat's oich aoh - odr!

Gedichtabend

In unserer eigenen Schreibe
Wir, das sind Leute, die für
sich Gedichte schreiben, haben
uns zusammengetan und würden
uns gerne mit Leuten treffen,
die auch selbst schreiben und
sich getrauen, anderen vorzu-
lesen oder mit solchen, die
nur zuhören möchten. Wir kön-
nen uns gemütlich zusammen-
setzen, über Geschriebenes re-
den und Ideen austauschen.
Also, bis zum So., 21.6.81 um
19.30 Uhr im Remise.

Gedichtheft

Sag es, wie es ist, Hemmel!
Unter diesem Titel erschien
jetzt ein 32 Seiten umfassendes
Heft von Helmut Winklauer, der
seit in den "Göppinger
Blättern" einige seiner Gedichte
veröffentlichte. Das Heft ist für
2 DM zu kaufen im Bücherwurm, in
der Buchhandlung Dietler, im
Unterwegsladen, im Grünen Baum
und im Maikäfer.

... dann hat das Remise seine Daseinsberechtigung verloren

Das Jugendzentrum Remise hatte seine Räume dem Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands (KABD) zu einer 1. Mai-Feier überlassen. In der letzten Ausgabe dieser Zeitung stand etwas vom Überflüssigmachen des Staates. Beides forderte den Aufschrei des inzwischen allseits bekannten Bürgers A. und verursachte,

will man Dr. Schmauz von der NWZ glauben, einen erheblichen Wirbel. Wie es dazu kam, was dem vorausging und was noch kommen sollte, das zeigt nachstehende Chronologie auf.

Wie Angriffe aufs Remise ins Zentrum der Persönlichkeit einzelner Remisler zieht, steht unter "und du wirst vorsichtiger". Mit welchen "Methoden" da "gearbeitet" wird, sagt der Beitrag DIE SOLLEN DOCH RÜBER GEHEN. Und natürlich, die JUNGE UNION, ... aber das steht dann noch auf einem anderen Blatt.....

Dezember 1980

- in der NWZ erscheint im Namen des Juzes der Leserbrief eines Remise-Mitglieds zum Thema "Cafehaus-Streit"
- Anruf von Herrn Alföldy, in dem er sich als Gegner vorstellt

Januar 1981

- dasselbe R.-Mitglied erhält einen Brief von A. (gb Nr. 17)

März

- Leserbrief eines weiteren R.-Mitglieds zum Thema El Salvador
- beide Remisler erhalten einen Brief von A. in dem er das Juz, einzelne Mitglieder und die gb angreift und Parallelen zur Terroristenszene herzustellen versucht.
- Verteidiger der gb' (Erwiderung auf den Leserbrief von A.) erhält einen diffamierenden Brief von A.
- A. erwähnt in einem Leserbrief Name von Remisler im Zusammenhang mit verurteilten Demonstranten (siehe Artikel "und du wirst vorsichtiger")

1. Mai

- Maifeier des KABD im Remise

7. Mai

- Leserbrief von A. in dem er sich empört daß der Steuerzahler indirekt über die Zuschüsse der Stadt und somit über das R. auch dem KABD unterstütze

14. Mai

- Mitglied des R. bezieht Stellung dazu.

16. Mai

- NWZ greift Vorwürfe von A. in einem längeren Artikel auf (Wirbel um KABD Feier bei Remise) der auch ein Interview mit BM Christ enthält
- das Remise als Betroffener wurde dazu nicht befragt!

18. Mai

- anonyme Briefe erreichen unter anderem das Remise

Der Brief an das Remise enthält den handschriftlichen Zusatz: "Wir haben den längeren Arm"

19. Mai

- Leserbrief d. Herr Weiler in dem er dem Remise Ausübung

öffentlichen Terrors vorwirft ("Aber ist es nicht so, daß hier vorwiegend kommunistisch gesteuerte, auch ausländische Jugendgruppen seit Jahren mit einigem Erfolg dabei sind, Belange, die ihre eigenen sind als solche der Jugend zu verkaufen?")

22. Mai

- Der Filstaler, eine in GP einflußreiche und meinungsmachende Instanz greift in die Diskussion ein und heftet dem R. ein kommunistisches Etikett an und spricht die Drohung aus, daß die R. würde sie so weitermachen, sich alsbald in der Abstellkammer wiederfinden werde

27. Mai

- in mehreren Leserbriefen wird Solidarität bekundet mit dem Remise

27. Mai

- in mehreren Leserbriefen wird Solidarität mit dem R. bekundet
- in einem Kurzkomentar versucht der Filst. das massive Eintreten für das R. zu ent-

kräften; er, der nie mit dem R. geredet hat unterstellt, daß das Remise nicht zum Dialog bereit sei

29. Mai

- Plakataktion der Jungen Union (Siehe Nachrichten)

3. Juni

- Sitzungsbericht in der NWZ ("Bogen überspannt") die JU teilt darin die Remisler in einen guten und einen bösen Teil ("... zweifelhaft Aktivität des AK Politik...")

Zum Schluß bleibt zu fragen, inwiefern nicht auch die Schlägerei (Siehe Nachrichten) am 30. Mai eine indirekte Auswirkung der monatelangen Kampagne gegen das Jugendzentrum Remise ist?

und du wirst vorsichtiger

Es war einmal so beginnen alle Märchen, doch daß was ich beschreiben will ist kein Märchen, und ich hätte nicht ge-

dacht, daß es so etwas gibt, dazu noch in Göppingen - oder vielleicht gerade in Göppingen?

Die Geschichte beginnt damit, daß man einen Leserbrief schreibt, und was dann darauf folgt könnt ihr an der Chronologie ablesen. Ich will nicht noch einmal solch eine Aufzählung bringen sondern will beschreiben, was da in einem selbst abläuft, wenn du in der Zeitung deinen Namen im Zusammenhang mit verurteilten Demonstranten und Kommunisten wiederfindest.

Du schlägst morgens die Zeitung auf und siehst deinen Namen: zuerst ist das ein Gefühl der Wut, du denkst: dieses Schwein, das will dich damit fertigmachen, das ist doch keine Auseinandersetzung mehr. Vorher hast du noch nicht darüber nachgedacht, was das eigentlich bedeutet, mit solchen Worten tituliert zu werden, und welche Auswirkungen das hat.

Das fängt schon bei den Eltern an, die es nicht gewohnt sind, an die Öffentlichkeit gezerzt zu werden, die aus einer Generation kommen, in der Stillhalten noch einen hohen Stellenwert hatte und noch hat. Man sieht sich nun auch in der Meinung bestätigt, daß es Nachteile hat, wenn man seine Meinung öffentlich sagt. Haben sie gemerkt, daß sich seit damals noch garnicht so-

viel geändert hat? Daß immer noch die Leute, die sich nicht total einpassen und dies auch an die Öffentlichkeit tragen, abgestempelt werden. Früher waren es die Juden und Kommunisten etc., heute die Ausländer und immer noch die Kommunisten; das Feindbild ist noch gut drin. Man kommt sich vor, als ob man einen Stern aufgeheftet bekommt (wie damals bei den Juden), nur mit der Aufschrift Kommunist und statt gelb dann natürlich rot.

Du mußt dich damit auseinandersetzen, daß alles was du tust und sagst und für dich positiv und wichtig ist, den Ruch des kommunistischen = bösen, nicht ernstzunehmenden, staatszerstörenden bekommt.

Dadurch ist eine Auseinandersetzung nicht mehr möglich. Durch diese Diffamierungen fängt man an schärfer zu beobachten. Warum grüßt mich der heute nicht? Ob die schon die Zeitung gelesen hat?

Ja, man kann es sogar körperlich spüren: plötzlich versteift man sich, geht aufrechter, fühlt Blicke im Rücken. Zum Glück bin ich nicht auf Arbeitssuche, aber ich bin sicher, daß es auch hier Auswirkungen hätte.

Du merkst, wie sie dir deine Zukunft ganz schön kaputt machen können. Und du wirst vorsichtiger, aus Rücksicht auf deine Eltern, wegen deiner Zukunft. Aber genau das bezwecken sie ja. Und solch ein Wissen bringt einen in Wut.

Die sollen doch rübergehn

METHODEN DER AUSGRENZUNG

Viele "junge Menschen" haben sich gefragt, ob die massiven Angriffe gegen das selbstverwaltete Jugendzentrum Remise als gezielte Kampagne, als Verschwörung aufzufassen sei und wer wohl dahinter stecke? Obwohl sich diese Fragestellung verständlicherweise aufdrängt (siehe "Chronologie"), geht sie doch am "Kern" der Sache vorbei. Es geht nicht darum, ein Zentrum der "Kampagne" zu entdecken, (um dann mit dem Moral-Finger auf die Übeltäter zu zeigen), sondern die WIRKUNGEN der "Kampagne" zu neutralisieren. Die WIRKUNGEN sind da, ob sie nun beabsichtigt sind oder nicht.

Also, mit welchen Mitteln werden welche Wirkungen erzielt?

In allen Teilen der Kampagne wird durch die Anrufung des Bürgers (Alföldy-A), des Normalbürgers (Weiler-W), der Bevölkerung (Filstäler-F) als Instanzen, die ein neutrales Allgemeines suggerieren, die WIRKUNG erzielt, das JUZE Remise politisch und gesellschaftlich auszugrenzen.

1. Die Anrufung des STAATSBÜRGERS

Wenn der Bürger sich empören und der Normalbürger es als Zumutung empfinden soll und Filstäler im Remise eine Tendenz sieht "... die von der Bevölkerung eindeutig abgelehnt wird", dann bleibt für die Remise kein Platz mehr in dieser Gesellschaft. Sie werden ausgegrenzt: die Remisler als Unnormalbürger, nicht zur Bevölkerung gehörend, als Randgruppe.

Jeder weiß: die Bevölkerung und den Normalbürger gibt es eigentlich nicht. Jeder weiß: es gibt Bevölkerungsgruppen, Schichten, Klassen mit unterschiedlichen, entgegengesetzten Interessen. Die Bevölkerung existiert nur als abstrakter Begriff. Wieso aber kann etwas, das es eigentlich gar nicht gibt, das

nur als abstrakter Begriff existiert, eine WIRKUNG (politische Ausgrenzung) erzielen? Oder anders gefragt: welche materielle Existenz verschafft der Anwendung solcher abstrakter Begriffe die WIRKUNG?

Nun, diese materielle Existenz ist der Staat, der nach bürgerlicher Auffassung scheinbar neutral über den entgegengesetzten gesellschaftlichen Interessen steht, die Allgemeinheit repräsentiert.

Wer sich auf den Standpunkt des Staates stellt, stellt sich auf den Standpunkt der Allgemeinheit, der allen gemeinen Interessen und braucht seine eigenen Interessen nicht mehr zu benennen. Oder umgekehrt: Die Remisegegner kleiden ihre Interessen (hier: Streichung der Mittel fürs Remise) in die Form der Allgemeinheit (die Bevölkerung, der Steuerzahler; der Staat, "das sind wir".) unter dann ihre eigenen Interessen verborgen bleiben. Ohne sich auf den Standpunkt des Staates, der Allgemeinheit zu stellen, könnten A., W. und F. keine Wirkung erzielen, da sie sonst ihre eigenen Interessen als eigene angeben müßten, was keinen toten Hund hinterm Ofen hervorlocken würde.

Zwei Sätze machen das deutlich: Ich, Alföldy, Weiler, Filstäler bin mit der politischen, kulturellen und Jugendarbeit der Remise nicht einverstanden und werde deshalb keinen Pfennig mehr locker machen.

-Die Bevölkerung lehnt die Tendenz des Remise ab, der Normalbürger muß sich empören.

Klar ist, der erste Satz würde nur zufällig eine Zustimmung durch mehrere Bevölkerungsgruppen erreichen, während in der zweiten Formulierung jeder schon als STAATSBÜRGER angesprochen wird! Und: Wer wollte nicht als normal gelten?

2.

Der Staatsbürger als Steuerzahler

Der Staatsbürger in den einzelnen Lesern der Apelle von A., W., F., wird nun weiter konkretisiert, in dem er an einer Stelle angerufen wird, wo er am direktesten erlebbar mit dem Staat verknüpft ist: als Steuerzahler!

Der Steuerzahler müsse sich darüber empören, daß seine Steuergelder einer Gruppe zufließen, die diesen Staat "abschaffen" wolle.

Steuern zahlen, das schmälert das verfügbare Einkommen, damit die Konsummöglichkeit. Wenn man schon bleichen soll, dann aber auch für was "rechtes", der Konsumverzicht soll nicht umsonst sein.

Die Anrufung des Staatsbürgers als - Steuerzahler greift also ein verständliches Interesse (nämlich zu entscheiden, was mit dem Geld, das man zahlt gemacht wird) auf und spekuliert auf die Verantwortung der Bürger über ihre Steuergelder: Streichung der Mittel für's Remise.

Wieder wird von dem Steuerzahler gesprochen, dem die kommunistisch infizierten Remisler als Nichtstaatsbürger und keine - Steuern - Zahler gegenübergestellt werden, als ob die Remisler keine Steuern bezahlten. Die Ausgrenzung wird wirksam. Alföldy, Weiler, Filstäler haben ein ideologisches Interesse (pol. Ausgrenzung der Remise, da kommunistisch infiziert) und versuchen dies durch die Anrufung eines materiellen Interesses wirksam zu machen.

Hätten sie kein ideologisches, hätten sie formulieren können: diese max. 0,001 Pfennige, die man als Steuern zur Unterstützung der Remise abgibt, sollten alle, die die Remise nicht fördern wollen auf ein Sperrkonto überweisen.

Mit dieser Formulierung hätten sie allerdings abermals keinen toten Hund hinterm Ofen hervor gelockt.

Die Schiedsrichter

3.

Eine Form in der der Staat gesellschaftlich widersprüchliche Interessen vermittelt ist das Recht. Das Recht scheint ausdrücklich der Sachwalter der Allgemeininteressen ("im Namen des Volkes") zu sein und erscheint als Verkörperung des Neutralen selbst. Die von der CDU gesteuerte und finanzierte politische Jugendorganisation JUNGE UNION stellt sich genau auf diesen Standpunkt des schiedsrichterlich-neutralen, wenn sie sagt, der Club Remise "...habe (...) seine Daseinsberechtigung als Jugendzentrum sicher verloren". Nicht nur, dass die Junge Union als Organisation mit bestimmten politischen Interessen sich als Schiedsrichter aufspielt, mit ihrem Urteil deutet sie darüberhinaus ein Mittel an, das im bundesdeutschen Strafvollzug bereits überwunden ist: die Todesstrafe.

Die sollen doch rübergeh'n

4.

Wenn eingangs behauptet wurde, die Anrufung der Bevölkerung sei ein Mittel zur gesellschaftlichen Ausgrenzung der Remise und die Frage gestellt wurde, wie dieser Effekt überhaupt erzielt werden könne, da doch die Bevölkerung nur als abstrakter Begriff existiere, dann haben wir nur eine Möglichkeit berücksichtigt. Nehmen wir jetzt an, der Begriff die Bevölkerung bezeichnet alle Mitglieder eines Staates, dann können wir fragen: wodurch erreichen es A., W., F., die Remise politisch auszugrenzen, wenn die Remisler doch unbestreitbar auch zu der Bevölkerung zählen? Eine Möglichkeit den Widerspruch ideologisch wirksam zu lösen besteht darin, die Remisler als Randgruppe abzustempeln: zwar noch zugehörig, aber schon am äußersten Rand der Gesellschaft, eigentlich schon draußen. Weiter versucht in seinem Leserbrief die latente Ausländerfeindlichkeit zu mobilisieren: ausländische Jugendliche sind seit Jahren im Remise dabei.

Aus-Länder sind auch drin in der Gesellschaft, aber eben auch draußen. Man kann sie wegschicken. Damit ist bereits eine andere Möglichkeit auszugrenzen angedeutet, die darin besteht das Ausgrenzen wörtlich zu nehmen: ausgrenzen, über die Grenze schieben. Die Anrufung funktioniert dann so: Ihr (die Bevölkerung) seid Staatsbürger und habt eine Verantwortung dem Staat gegenüber. Schließlich bezahlt ihr ja alles. Dieser Staat ist eine westliche Demokratie. Kommunisten wollen diese Demokratie zerstören.

Kommunisten haben einen eigenen Staat, östliche Diktatur. Wenn Kommunisten diesen Staat zerstören wollen, dann haben sie keine Existenzberechtigung in diesem Staat. DIE SOLLEN DOCH RÜBER GEHEN. Die Remise läßt Kommunisten in ihre Räume, die Göppinger Blätter befleißigen sich eines östlichen Wortschatzes, die Remise hat deshalb keine Existenzberechtigung. DIE SOLLEN DOCH RÜBER GEHEN!

Schauen wir uns noch einmal ein Zitat von Filstaler an: "... die in Clubverantwortung erscheinenden "Göppinger Blätter" befleißigen sich zunehmend und unüberlesbar eines östlichen Wortschatzes und einer Tendenz, die laut Wahlergebnissen in unseren Landen von der Bevölkerung eindeutig abgelehnt wird" und " (...) von deren zweifelhafter Segnung durch täglichen Anschauungsunterricht jenseits von Mauer und Vorhang - auch gar nichts wissen will." DIE SOLLEN DOCH RÜBER GEHEN !

Sind die nun Kommunisten oder nicht ?

Sind die Remisler nun Kommunisten oder nicht ? Spricht doch einiges dafür, z.B. so Sätze wie "... im Zentrum der 'Tatsache Remise' steht die Orientierung an Selbstverwaltung und Selbstvergesellschaftung in Perspektive der 'Abschaffung des Staates' und den Staat überflüssig machen. (göppinger blätter nr.18) Für F. ist das "östlicher Wortschatz" und für W. "lupenreiner SED-Jargon" (unveröffentlichter Brief). Wo sollte im "Osten" der Staat überflüssig sein und wo Selbstverwaltung existieren ? F. und W. sagen es nicht ! Denn es geht ihnen um die Ausgrenzung des Remise.

Östlich, kommunistisch und SED ist schlecht ! Warum, das sagen W. und F. wiederum nicht. Aber das weiß ja auch jeder. Wodurch ? "Durch täglichen Anschauungsunterricht jenseits von Mauer und Vorhang", natürlich.

In der Tat: der "real existierende Sozialismus ist ein schlechtes Beispiel und in der BRS ein so wirksame Realität, daß es genügt, politisch Mißliebige auf "Kommunismus" zu reduzieren, um die "eindeutige Ablehnung durch die Bevölkerung" zu mobilisieren, ohne sich auch nur mit einem Wort auf sie eingelassen zu haben.

Den Staat diskutieren

5.1

Als Staatsbürger haben AK-politikmitglieder darüber nachgedacht, was Staat usw. ist und Alternativen zu dieser "Vergesellschaftung von oben" diskutiert. Als Bürger dieses Staates ist A., W. und F. dieser Staat das höchste Gut, das Gute selbst das für ihre Identität so wichtig ist, wie für's religiöse Subjekt "Gott". Der Staat ragt einem, wer man ist (z.B. Personalausweis) und achtet darauf, daß man der auch bleibt (Verfassungsschutz, Psychiatrie usw.). Für den Staatsbürger ist der Staat indiskutabel !

Wenn nun ein (1) Arbeitskreis im Remise den Staat diskutiert, dann wird für A., W. und F. das Remise indiskutabel.

Der Staat ist indiskutabel. Hier muß eine Einschränkung gemacht werden. Die CDU z.B. diskutiert den Staat sehr wohl, in zwei Richtungen: wir brauchen "weniger" Staat und wir brauchen einen "starken" Staat.

"Weniger Staat" heißt "mehr" Entfaltung der Eigendynamik der kapitalistischen Wirtschaft. "Starker Staat" heißt stärkere Kontrolle der gegen diese kapitalistische Eigendynamik gerichteten Tendenzen. Das wird diskutiert.

Wird dieser Staat aber in der Perspektive einer nicht-kapitalistischen Wirtschaftsordnung diskutiert, dann sind die, die das tun, indiskutabel, auch wenn die Verfassung dieses Staates gerade keine bestimmte Wirtschaftsordnung festschreibt.

Und da redete Filstaler vom Remise als Sammelbecken einseitiger politischer Vorstellungen....

Die Remisler sollten sich nicht darüber empören als Kommunisten abgestempelt zu werden, auch wenn sie keine sind: wenn man's braucht ist jeder "Kommunist". Sie sollten sich bemühen, alternative Vergesellschaftungsformen diskutabel zu machen.

Nachrichten aus der Abstellkammer

Prügel für Remisler

Schmauz im Remise

Auf Einladung des Juze Club Remise nahm Dr. Schmauz von der Lokalredaktion der NWZ am 29.5. am Jugendzentrumsrat teil. Sein Hauptanliegen war, den Remislern deutlich zu machen, daß die Angriffe und Kritik gegenüber dem Remise nicht als von der NWZ gesteuerte Kampagne aufgefaßt werden dürfe. Keinesfalls seien sie zu einer solchen Einschätzung gelangt, betonten die Remisler. Sie wiesen aber darauf hin, daß sich einzelne Äußerungen, wie z.B. der Filstaler-Kommentar oder der Wirbel-Artikel, zusammen mit anderen über den Köpfen der Beteiligten hinweg sehr wohl zu einer Strategie verketten. Diese "anonyme Strategie" entwickle eine Eigendynamik und gebe den zunächst voneinander unabhängigen Äußerungen eine neue Bedeutung.

* * * * *

Ein Beinahleserbrief

Es ist immer wieder interessant, in Ihrer Zeitung zu lesen, welcher politischen Ecke ich zuzuordnen bin. Seit der 1. Mai Demonstration bin ich anscheinend Mitglied des KABD oder ein revolutionärer Türke und neuerdings schwimme ich, als Juze-Besucher, in der Fischstraße in einem "Sammelbeken" von Trägern einseitiger politischer Vorstellungen, deren Fische sich zudem eines "östlichen Wortschatzes" "jenseits von Mauer und Vorhang" bedienen. Gut, daß ich das in Ihrer Zeitung lesen konnte, denn ich selbst hatte bisher noch nichts davon bemerkt. Dafür konnte ich in Ihrer Berichterstattung das gleiche diffuse und seltsame Demokratieverständnis wie bei den ziemlich unrepresentativen Bürgern Herr Alfeldy und Herr Weiler herauslesen. Das Rezept dieser Leute ist so einfach wie gefährlich: Politisch Andersdenkende und kritische Demokraten werden als Kommunisten bezeichnet oder in deren Nähe gerückt. Da dies Wort in der BRD aus historischen Gründen sehr stark negativ belegt ist, ja schon zum Schimpfwort geworden ist, erübrigt sich eine Diskussion über inhaltliche Fragen und Vorstellungen. Doch eine Demokratie ohne Diskussion wäre keine Demokratie mehr! Und deshalb unterstütze ich als Göppinger Bürger und Steuerzahler das nach wie vor demokratische Jugendzentrum Club Remise.

Arbeitskreis Vollversammlung

Am letzten Samstag fand die erste Vollversammlung der im Remise tätigen Arbeitskreise statt. Die AKs sind ein wesentlicher Bestandteil des Jugendzentrums. Bisher besteht das Problem, daß die AKs zwar im Remise arbeiten, aber noch zu wenige der Mitglieder im öffentlichen Gremium, dem JuZerat, teilnehmen, andererseits der JuZerat oft damit belastet ist, die verschiedenen Aktivitäten der AKs zu koordinieren. Deshalb sollen bei diesem monatlichen Treffen Inhalte und Aktivitäten der einzelnen AKs ausgetauscht und gegebenenfalls koordiniert werden.

Folgendes wurde besprochen:

- 1) Raumprobleme: Da augenblicklich in der Fischstraße nur 1 Raum zur Verfügung steht, werden die AKs durch den offenen Barbetrieb gestört und umgekehrt; deshalb soll die Küche dahingehend umgestaltet werden, daß sie als zusätzlicher Arbeitsraum genutzt werden kann.
- 2) Selbstverständnis: Anhand der derzeitigen Kampagne gegen das Remise wurden noch einmal die Selbstverständnisfrage und die Prinzipien der Selbstverwaltung und die daraus resultierenden Vorgehensweise diskutiert.
- 3) Friedenswoche (8.-16. Nov.) Der AK Frieden stellte das bisher feststehende Programm für die diesjährige Friedenswoche vor. Bis zur NÄCHSTEN AK VOLLVERSAMMLUNG AM 27. JUNI UM 14 UHR werden sich die AKs überlegen in welcher Form sie sich an der Friedenswoche beteiligen.

* * * * *

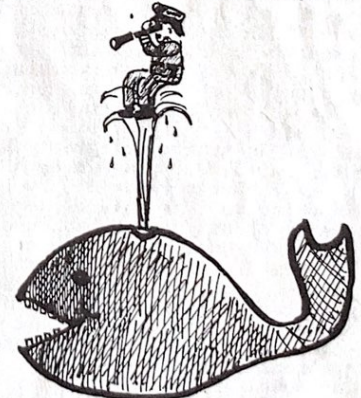
Remiseinfo stand in der Fußgängerzone

Um das JuZe Remise mit seiner Arbeit, Zielsetzung und auch seinen Problemen der Öffentlichkeit näherzubringen, stellt der AK Veranstaltungen des JuZe in Zusammenarbeit mit den anderen AK's am Samstag, den 20. Juni ab 10 Uhr einen Infostand in der Fußgängerzone auf. Sowohl für das körperliche - Waffeln+Apfelmus/Getränke(Tee) - als auch für das geistige Wohl - Infoblätter, Wandzeitung, Gesprächsmöglichkeit mit Remislern - wird bestens gesorgt. Während in den Infoblättern die derzeitigen Probleme des JuZe aufgeführt werden, stellt die Wandzeitung die einzelnen Arbeitskreise (AK's) vor und Mitglieder geben gerne nähere Informationen und diskutieren mit allen, die lust dazu haben. Um das Ganze ein wenig vergnüglich zu machen, versuchen wir eine Verlosung, etwas Musik und vielleicht eine Art Aktions-theater auf die Beine zu stellen.

Am 30. Mai 1981 besuchten gegen 23 Uhr ca. 8 junge Leute das Juze Remise, um noch etwas - wie es zunächst schien - zu trinken. Als bald fingen sie an zu "stänkern" und die Anwesenden wahllos zu verprügeln. Die Polizei wurde noch während der "Prügellei" verständigt, fand sich aber überraschenderweise nicht am Ort des Geschehens ein. Eine Stunde nach dem die "Schläger" abgezogen waren, kamen nochmals zwei "von denen" zurück, um sich zu erkundigen, ob Anzeige gegen sie erstattet worden sei. So schlimm sei es doch nicht gewesen, Tote habe es nicht gegeben. Die Schlägerei begründeten sie damit, daß "...den Sozis auch mal eine auf die Schnauze gehört", die hätten das schon verdient. Die Remisler gingen noch zu später Stunde zur Polizei, um zu erfahren, weshalb sie nicht erschienen war.

Dazu die Polizei: Man sei schon da gewesen und habe aus Richtung "Walfisch" (einer Kneipe, ca 100 Meter vom Remise entfernt) beobachtet und nichts feststellen können. Die Remisler derart von den "grünen Männern" im Stich gelassen, kamen dennoch mit einem "blauen Auge" davon.

* * * * *



* * * * *

IMPRESSUM

"göppinger blätter" -
herausgegeben vom
AK Politik im Remise

Auflage: 600

Druck: Die Druckerei,
Kirchheim

Red. Schluß: 2. Juni 1981

Konto: BFG 1200788802

Presserechtlich verant-
wortlich: Thomas Römer

Verkaufsstellen: Pfiff-
Records, Bücherwurm,
Unterwegsläden, Remise

Nächster Redaktionsschluß:
6. Juli 1981

Remise, Fischstraße 1
Postfach 631

Die (un-) zweifelhaften Aktivitäten der Jungen Union

Der Vatertagsausflug der Jungen Union führte dieses Jahr zu den Übergangsräumlichkeiten des JuZe Remise in der Fischstraße. Nachdem sie sich vor unserer Abfahrt nach Gmünd zur Demonstration gegen die Stationierung des Pershing II bei uns erkundigt haben, wann wir zurück kämen (wann also die Luft rein ist),



rückten sie mit Leiter, Transparenzen, Farben und Pinsel an und beklebten die Außenwände des Juzes mit Parolen wie "Kein Remissbrauch von Wohnraum" - "Zentrum des Häuserkampfes" - "Dieses Haus ist zersetzt". Das ganze sollte den Anschein erwecken, als ob wir selbst es aufgehängt hätten. Sehr überrascht waren sie allerdings, daß wir früher als angekündigt zurückkamen. Um sich aus dieser peinlichen Situation des Ertappt-Werdens zu befreien, hatte der Vorsitzende der JU die Frechheit vorzugeben, durch diese Aktion mit uns in eine Diskussion treten zu wollen. Dem von ihnen benachrichtigten NWZ-Reporter erklärten sie außerdem, sie seien Privatpersonen, die keiner politischen Gruppe anzu gehören. Eine Lüge, wie die Bilder beweisen. Der NWZ muß man den Vorwurf machen, ihrer journalistischen Sorgfaltspflicht nicht nachgekommen zu sein. Sie hielt es nicht für nötig sich bei uns, den Betroffenen der Aktion, ebenfalls zu informieren. Keinesfalls kam es, wie in der NWZ zweideutig dargestellt, im Gebäude zu einer Diskussion mit der JU. Daß sie überhaupt kein Interesse hat mit uns zu diskutieren, ist völlig klar. Hätte sie dies, könnte sie den jeden Freitag stattfindenden öffentlichen Juzerat, das Diskussions- und Entscheidungsforum des Remise besuchen. Über diese Möglichkeit sind sie seit langem informiert. Die Aktion stellte den Versuch dar, die von Alfy und Weiler begonnene Hetze fortzuführen und die von diesen beschworenen Geister ("Empörung des Bürgers") erscheinen zu lassen. Dieser Versuch, uns zu isolieren wirkt allerdings wie ein Bummerang: Durch diese Aktion wird deutlich, daß sich die JU selbst ausgrenzt.

NWZ 29.5.84

Vor der Remise

Eine Gruppe junger Leute beklebte gestern nachmittag die Außenwände des Club Remise mit Plakaten, die die Aufschrift trugen „Dieses Haus ist zersetzt“ und „Kein Remissbrauch von Wohnraum“. Sie wollten damit eigenen Angaben zufolge gegen Hausbesetzungen demonstrieren und auf die jüngsten Diskussionen über die Überlassung von Clubräumen an den Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands hinweisen. Die jungen Leute erklärten, keiner politischen Gruppierung anzugehören und die kleine Demonstration „privat organisiert“ zu haben. Nachdem Remise-Mitglieder die Plakate entfernt hatten, kam es im Gebäude zu einer Diskussion.

Letzte Meldung:

Die Junge Union löst sich auf

Nachdem die JU Göppingen im Mai zu einer Demonstration gegen die "bedenklichen Tendenzen" im selbstverwalteten JuZe Remise aufgerufen hatte, zu der allerdings nur zwischen 12 und 13 Vertreter der "ordentlichen Jugend" zu mobilisieren waren, verlor die JU zuerst ihr Gesicht: Noch während der Demo leugneten sie angesichts der Schmach ihre JUMitgliedschaft; und verummten sich mit ihrer Privatheit. Dazu Peter Paul Schnierer, Kreisvorsitzender der JU: "12 bis 13 Leute auf der Demo, da muß man doch am Repräsentationsverhältnis zwischen ordentlicher Jugend (OJ) und Junge Union (JU) zweifeln," sprach's und leitete die Auflösung der JU ein. Ein Sprecher des JuZes beurteilte die Auflösung der JU positiv, denn nun müsse man nicht mehr an der Existenzberechtigung der JU zweifeln: "Was da nicht mehr ist, kann nicht bezweifelt werden." Zitat Ende!



- Solidarität mit dem Remise -

Wir unterstützen und bekräftigen das Selbstverständnis der Remise und wehren uns gegen Versuche, Menschen aufgrund ihrer Weltanschauung aus unserer Gesellschaft auszuschließen. (vgl. GG Art. 3)

Wir unterstützen nachdrücklich die Prinzipien des selbstverwalteten Jugendzentrums Remise:

- Demokratisierung der Kulturproduktion und -teilhabe
- Förderung der kulturellen Eigeninitiative
- Anregung und Organisation von politischen Diskussionen
- basisdemokratische Struktur des öffentl. Jugendzentrumsrats
- Selbstverwaltung gegen Hierarchie und Autorität
- für eine Kultur von unten

In Solidarität mit dem selbstverwalteten Jugendzentrum Remise!
Adresse, Unterschrift.....

*like
wunderschön:
Juzerat-Remise
Postfach 631*